



10-Punkte-Plan für die Wasserstadt Spandau

SPD Spandau fordert kostenbewusste Fertigstellung des städtischen Entwicklungsgebietes

In der Diskussion über die Zukunft der Wasserstadt Spandau werden immer wieder Forderungen laut, der Senat müsse sein Engagement unverzüglich beenden und damit Kosten einsparen. Politiker der Spandauer SPD schlagen jetzt einen Weg vor, der eine kostenbewusste Fertigstellung der Wasserstadt unter den neuen Randbedingungen ermöglicht. Swen Schulz, Kreisvorsitzender der Spandauer SPD und Bundestagsabgeordneter, Daniel Buchholz, stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied des Abgeordnetenhauses, sowie die Stadtentwicklungsexperten der SPD-Fraktion in der Spandauer BVV Christian Kaiser, Sabine Ortlepp und Hans Schultz, legen einen 10-Punkte-Plan vor.

„Damit soll die Waage gehalten werden zwischen den Anforderungen des Berliner Landeshaushaltes und den Spandauer Interessen. Es gilt, zukunftsorientierte Entscheidungen zum Wohle des Bezirkes und des Landes Berlin zu treffen“, so die SPD-Politiker.

Im einzelnen enthält der Plan folgende Punkte:

1. Das Land Berlin darf nicht alles stehen und liegen lassen und die Wasserstadt fluchtartig verlassen. Vielmehr muss in den einzelnen Quartieren die Entwicklung trotz angespannter Haushaltslage so weit wie möglich vollendet werden.
2. Weitgehend entwickelte Quartiere und Bereiche werden aus der Entwicklungsmassnahme entlassen und in das normale Planungsrecht zurückgeführt. Damit erhält der Bezirk Spandau wieder die Hoheit über die Entwicklung dieser Bereiche und kann neue Zukunftsperspektiven vorantreiben.
3. Die Anwohner müssen bei Änderungen der bisherigen Planung umfassend informiert und beteiligt werden. Es darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg neu geplant werden. In öffentlichen Versammlungen sollen sich die Anwohner in die weitere Planung einbringen können. Die betroffenen Investoren sind ebenfalls frühzeitig einzubinden, um die rechtssichere Entlassung von Teilgebieten zu gewährleisten.
4. Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten sind bei einem weiterhin bestehenden Bedarf auch bei Aufgabe des Entwicklungsstatus' zu errichten. Die vorgesehene Kita an der Havelspitze ist zu bauen. Für eine neue Grundschule im nördlichen Bereich der Wasserstadt ist eine Fläche verbindlich zu sichern, vorzugsweise im Bereich Maselake Nord.



5. Die durch den Abriss von Gebäuden entstandenen „wüstenähnlichen“ Verhältnisse sind vollständig zu beseitigen. Neue Parkflächen und Grünverbindungen werden an diesen Stellen zu einer deutlichen Qualitätssteigerung des gesamten Gebietes führen. Insbesondere die Brachflächen im Bereich Haveleck sind durch einen Quartierspark aufzuwerten, der langfristig kostengünstig zu unterhalten sein muss. Im Gebiet Maselake Nord ist der vorgesehene Grünzug nördlich des Maselake Kanals zu errichten und mindestens durch einen Steg für Fußgänger zu ergänzen.
6. Möglichst alle Bereiche der Wasserstadt sind durch Uferwanderwege für die Allgemeinheit zu erschliessen. Diese seit Beginn der Planungen von der Spandauer SPD vorgebrachte Forderung erlangt durch die Aufgabe einiger Baumassnahmen neue Aktualität. Auf der Haselhorster Seite der Wasserstadt (Quartier Salzhof West) ist dies besonders geboten, um zukünftig attraktives Wohnen und neue Erholungsmöglichkeiten für die Anwohner zu bieten.
7. Für die Havelspitze werden alle Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung unterstützt, insbesondere in Bezug auf neue Dienstleistungsangebote und Einkaufsmöglichkeiten (z.B. Supermarkt in der Poelzig-Halle).
8. Definitiver Erhalt der Kolonie Kleckersdorf. Da die ursprünglichen Vorhaben in diesem Bereich nicht umgesetzt werden, ist die Kleingartenfläche verbindlich und dauerhaft in allen Planungsunterlagen des Landes und des Bezirkes zu sichern.
9. Die Insel Eiswerder bietet besonderes Entwicklungspotenzial. Sofern kurzfristig verbindliche Investoren-Angebote für einen Ausbau der Insel zu einem Medien- und Eventstandort vorliegen, ist die Insel umgehend aus der Entwicklungsmassnahme zu entlassen. Ein möglicher Konflikt zwischen den Nutzungsvarianten „Wohnen“ versus „Medien“ ist dann kurzfristig mit allen Beteiligten auszuräumen.
10. Die Wasserstadt GmbH als Entwicklungsträger mit dem größten Know-how muss ausreichend Zeit zur Beendigung ihrer Arbeit erhalten. Sie hat für alle nicht entlassenen Gebiete bis Ende 2006 intensiv die Vermarktung von Grundstücken und Immobilien voran zu treiben.